



NPL in Krisenzeiten: Sorge wegen Kreditrisiken wächst, Transfers steigen

Kurzumfrage unter Banking Professionals

AUGUST 2022

Spotlight | NPL Market

In der deutschen Finanzbranche wächst die Sorge vor Kreditausfällen infolge der Pandemie und des Ukraine-Krieges. Angesichts der geopolitischen und konjunkturellen Unsicherheiten, der anstehenden Tilgungen von Corona-Hilfsdarlehen und der Rekordinflation im Euroraum rechnet eine deutliche Mehrzahl der befragten Bankmanager mit steigenden NPL-Quoten (NPL: Non-Performing Loans - notleidende Kredite). Kurz- bis mittelfristig erwarten wieder etwas mehr Befragte einen Anstieg der NPL-Transaktionen im deutschen Markt. Zudem wollen die meisten deutschen Banken und Sparkassen im Neukreditgeschäft auf die Bremse treten: Drei Viertel der Befragten erwarten eine rückläufige Neukreditvergabe in den kommenden zwölf Monaten - eine Trendwende im Vergleich zum Jahresendquartal 2021.

Sorge vor Kreditausfällen wächst

Im zweiten Quartal 2022 hat EY erneut rund 100 Banking Professionals dazu befragt, welche Entwicklungen sie für den deutschen NPL-Markt erwarten.

Die überwiegende Mehrzahl der Bankmanager rechnet angesichts der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges mit steigenden Belastungen für die deutschen Banken und Sparkassen. Wesentliche Unsicherheitsfaktoren dürften dabei die einsetzende Tilgung von Corona-Hilfsdarlehen und die galoppierende Inflation im Euroraum sein. Im zweiten Quartal 2022 rechnen 90 Prozent der befragten Entscheider mit einem Anstieg der NPL-Quote in ihren Kreditvolumina - dies stellt erstmals wieder ein deutliches Plus im Vergleich zur vorherigen Umfrage (80 Prozent) und zum Vorjahresquartal (84 Prozent) dar.

Derzeit rechnen 40 Prozent der Befragten mit einem „mittelschweren“ Effekt der Pandemie und des Krieges auf die NPL-Anteile in den Kreditvolumina, weitere 3 Prozent sehen erhebliche Folgen. Damit legt die Intensität der Befürchtungen erstmals wieder zu, nachdem sie sich seit Ende 2020 kontinuierlich abgeschwächt hatte.

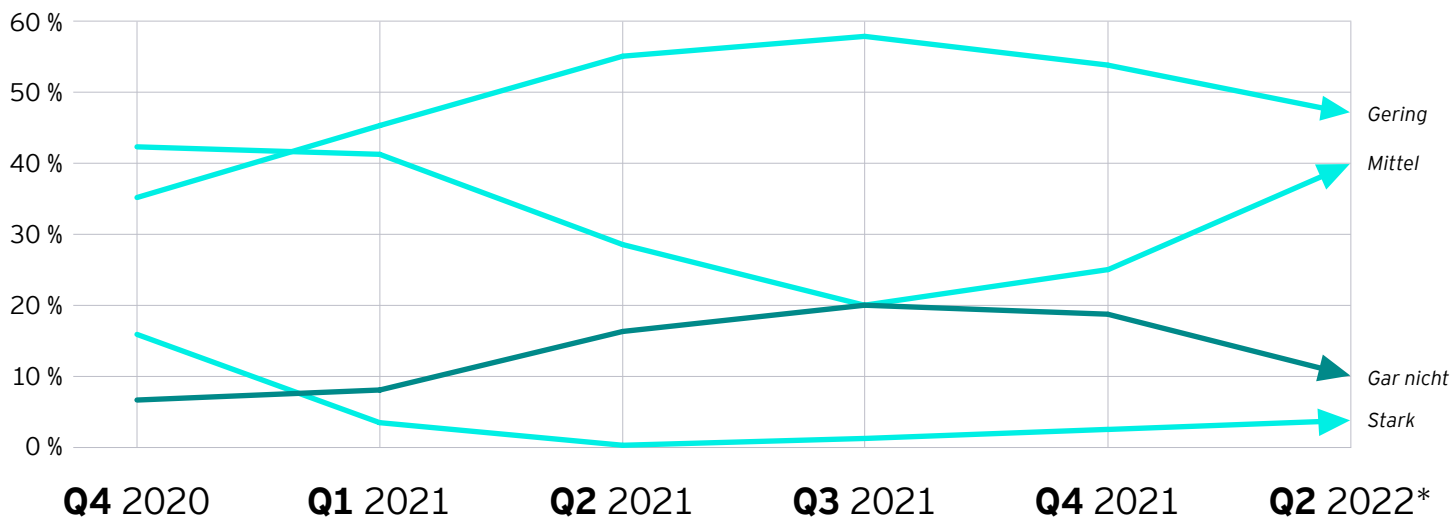
Von einem „geringen“ Effekt auf die NPL-Quote gehen 47 Prozent aus, nach zuletzt 53 Prozent im Jahresendquartal 2021. Lediglich 10 Prozent prognostizieren, dass die COVID-19-Krise und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine keinen Effekt auf die NPL-Entwicklung haben werden, zuletzt taten dies noch 19 Prozent.

90 %

der Befragten erwarten eine steigende NPL-Quote - ein deutliches Plus im Vergleich zum vierten Quartal 2021

Trendindikator

Welchen Einfluss werden COVID-19 und der Ukraine-Krieg (nur im zweiten Quartal 2022 berücksichtigt) aus Ihrer Sicht auf den Anstieg der NPL-Quote in Ihrem Institut haben?



*Keine Umfrage im ersten Quartal 2021

Inflation bremst Kreditneugeschäft

Vor dem Hintergrund der schwächeren Konjunktur und der hohen Inflation verichten sich auch die Anzeichen für eine bevorstehende Trendwende am Kreditmarkt: Drei Viertel der befragten Bankmanager erwarten infolge der Pandemie und des Ukraine-Krieges in den kommenden zwölf Monaten eine rückläufige Kreditvergabe. Ende vergangenen Jahres waren es erst 27 Prozent.

Nur noch 11 Prozent sind der Ansicht, dass die Neukreditvergabe nicht von diesen Einflussfaktoren betroffen sein wird - dies sind deutlich weniger im Vergleich zur vorherigen Umfrage (25 Prozent). Im Jahresverlauf 2021 hatte sich noch die Einschätzung verfestigt, dass die Pandemie sich nicht auf die Neukreditvergabe auswirken wird.

75 %

erwarten eine rückläufige Neukreditvergabe, eine Trendwende im Vergleich zum Jahresendquartal 2021 (27 %)

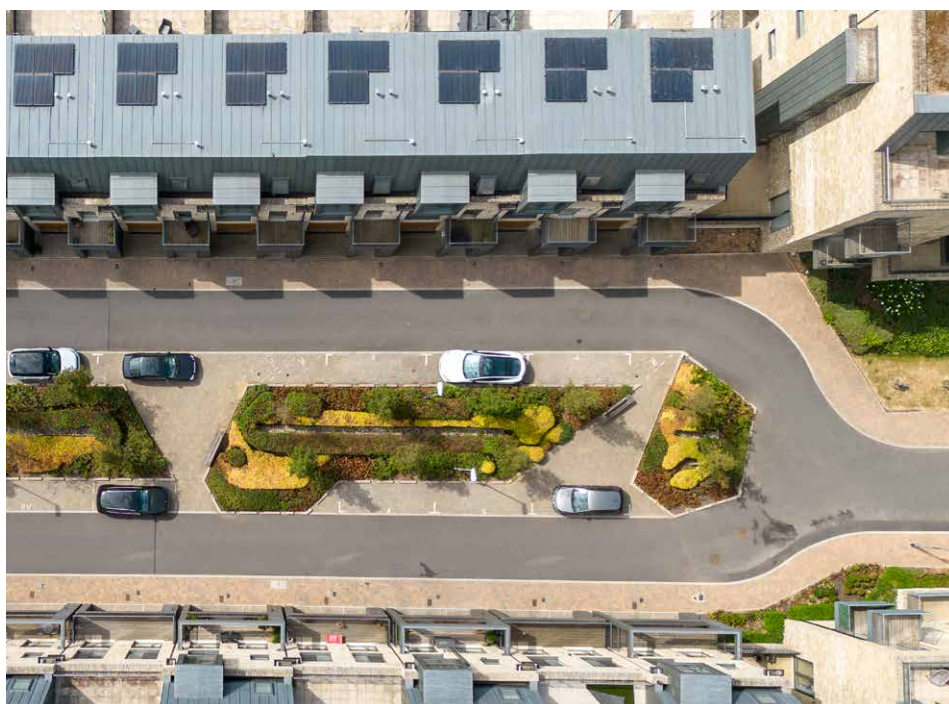
Wohnimmobilienkredite rücken in den Fokus

Unternehmensfinanzierungen (81 Prozent) und Verbraucherkredite (73 Prozent) sind aus Sicht der Branchenexperten besonders ausfallgefährdet. Verglichen mit der Vorgängerstudie legen außerdem die Befürchtungen vor

möglichen Kreditausfällen bei Projektfinanzierungen (plus 29 Prozentpunkte) und angesichts des Zinsanstiegs auch bei Wohnimmobilienfinanzierungen (plus 17 Prozentpunkte) besonders kräftig zu.

45 %

schätzen insbesondere Wohnimmobilienkredite als ausfallgefährdet ein



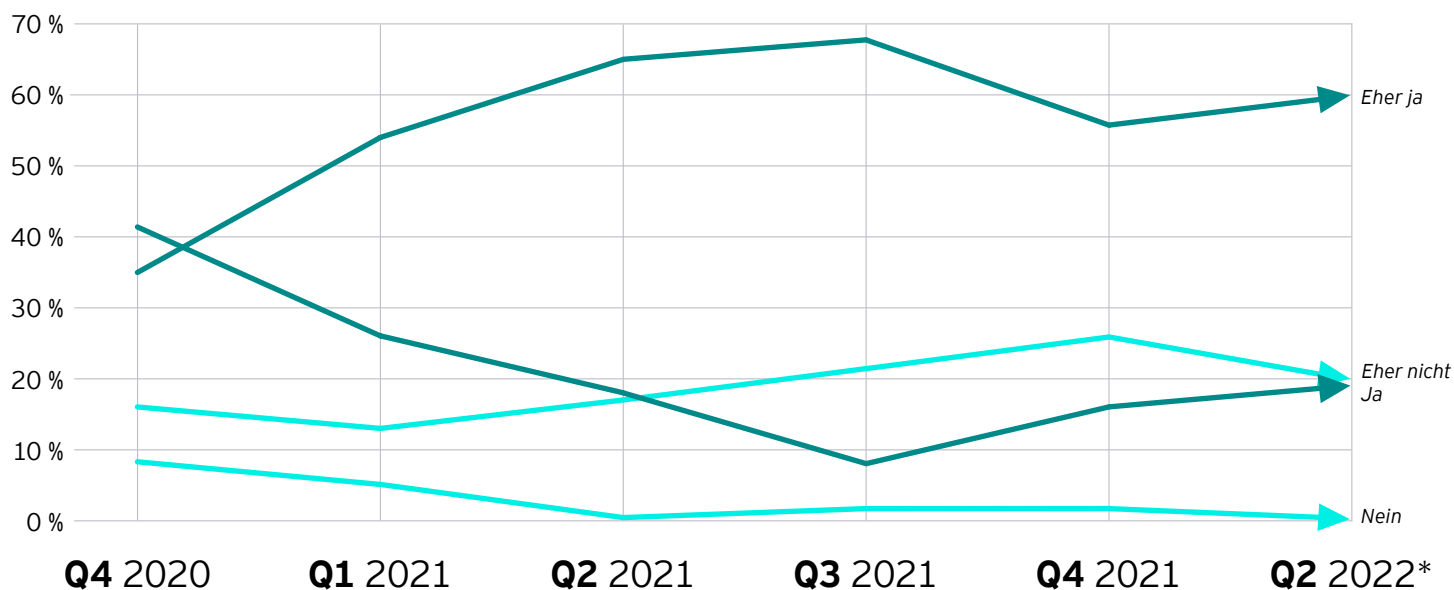
Experten erwarten wieder zunehmende NPL-Transaktionen

Mit Blick auf die wachsenden geopolitischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten sehen knapp 80 Prozent der Bankmanager die Zahl der NPL-Transaktionen in den kommenden 12 bis 18 Monaten steigen. Zuletzt waren es erst 72 Prozent. Im zweiten Quartal 2021 rechneten noch 83 Prozent mit steigenden NPL-Transaktionen.

Dabei steigt der Anteil der Bankmanager, die die Erwartung steigender NPL-Transaktionen „voll und ganz“ teilen, kontinuierlich von zuletzt 8 Prozent (Q3 2021) auf 16 Prozent (Q4 2021) und 19 Prozent (Q2 2022).

Trendindikator

Gehen Sie davon aus, dass die Anzahl NPL-Transaktionen in den nächsten 12-18 Monaten zunehmen wird?



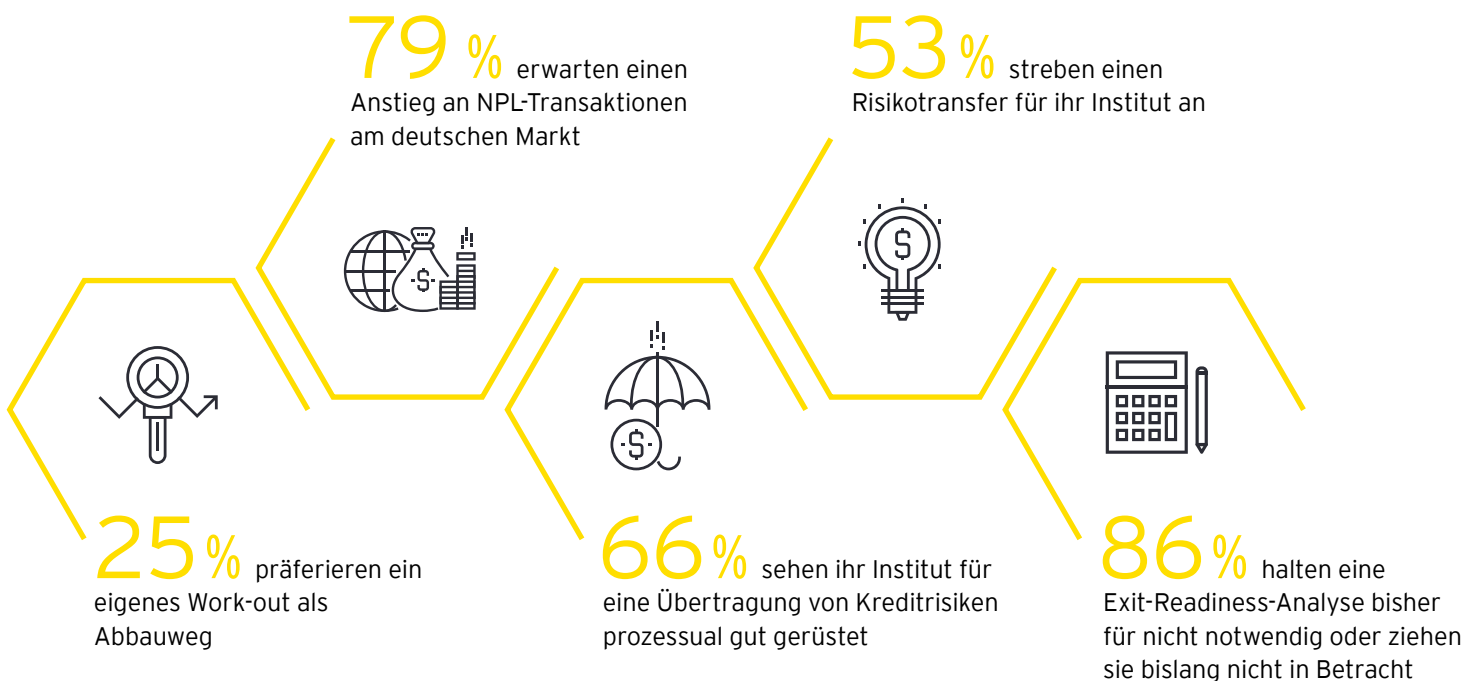
*Keine Umfrage im ersten Quartal 2021

Bedeutung von Syndizierungen steigt

Derzeit planen 53 Prozent der Institute einen Risikotransfer. Im Jahresendquartal 2021 waren es erst 51 Prozent. Die meisten Banking Professionals präferieren dabei ein hauseigenes Work-out (25 Prozent), gefolgt von einem Transfer über True Sale (15 Prozent). Über eine Syndizierung wollen 12 Prozent und über eine Verbriefung 4 Prozent ihre Kreditrisiken verringern. Damit gewinnt vor allem die Transferoption Syndizierung, für die seit April 2021 regulatorische Erleichterungen gelten, an Bedeutung.

66 Prozent der befragten Bankmanager sehen ihr eigenes Haus für die komplexen Prozesse der Übertragung von Kreditrisiken angemessen vorbereitet. Das sind geringfügig mehr als im Jahresendquartal 2021 (63 Prozent). Zudem sieht die überwiegende Mehrzahl (91 Prozent) die eigene Bank oder Sparkasse im Hinblick auf Sanierungen, Restrukturierungen und Work-outs personell gut aufgestellt.

Dennoch haben erst 17 Prozent eine Exit-Readiness-Analyse durchgeführt oder implementieren diese gerade. 86 Prozent der Institute sehen derzeit keine Notwendigkeit dafür oder haben dies noch nicht in Betracht gezogen. Zuletzt waren es mit 75 Prozent noch deutlich weniger. 12 Prozent der Befragten sind Exit-Readiness-Analysen nicht bekannt.



Exkurs

Ukraine-Krieg erhöht Kreditrisiken

In Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine verhängte die Europäische Union (EU) gemeinsam mit ihren internationalen Partnern weitreichende Sanktionen gegen Russland. Im Bereich Finanzen soll dabei unter anderem ein Großteil des russischen Bankenmarktes von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten werden.

Durch den Ausschluss vom internationalen Kommunikationssystem SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) können bestimmte russische Banken nicht mehr am internationalen Zahlungsverkehr teilnehmen. Die betroffenen Institute können weder Fremdwährungen erhalten noch Vermögenswerte ins Ausland transferieren. Zudem verbietet die EU Transaktionen mit der russischen

Zentralbank, friert deren Vermögenswerte und Reserven ein und sperrt die Vermögenswerte russischer Oligarchen.

Der Krieg und die internationalen Sanktionen wirken sich direkt auf die konjunkturelle Entwicklung Europas aus und erhöhen die Risiken für die Bankenbranche, wobei die Effekte je nach Exposure der Institute in Russland und der Ukraine variieren. Während die direkten Exposures insbesondere bei deutschen Banken überschaubar sind, bleibt es schwierig, mögliche Zweit- oder Drittrundeneffekte einzuschätzen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) warnte bereits vor steigenden Kreditrisiken für Banken, insbesondere bei energieintensiven Branchen aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise. Zudem verwies die Bundesanstalt für

Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf eine verstärkte Gefahr von Cyberangriffen auf den deutschen Finanzsektor. Des Weiteren bedeutet die Umsetzung der Sanktionen einen erhöhten Aufwand für die Häuser.

53 %

der Bankmanager sehen ihr Institut von den bereits erhobenen Russland-Sanktionen durch westliche Staaten direkt oder indirekt betroffen

Banken schätzen sich als gut vorbereitet ein

In der EY-Umfrage sehen sich 2 Prozent „stark“ und gut die Hälfte (51 Prozent) der Banking Professionals „wenig“ direkt oder indirekt von den bereits erhobenen Russland-Sanktionen des Westens betroffen. 47 Prozent der Bankmanager erklären, ihr Haus sei bislang nicht davon betroffen.

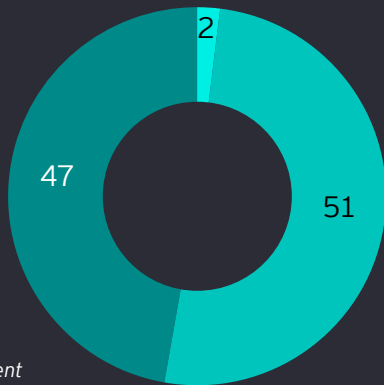
Die deutliche Mehrheit (80 Prozent) fühlt sich gewappnet für mögliche Auswirkungen des Ukraine-Krieges. 36 Prozent erklären, sie sehen keinen weiteren Handlungsbedarf, um sich auf mögliche Effekte vorzubereiten. Lediglich 7 Pro-

zent wünschen sich eine weiterführende Unterstützung seitens der Behörden bei der Umsetzung von Sanktionen und beim Umgang mit den wirtschaftlichen Implikationen des Krieges.

Nur 29 Prozent haben bereits Maßnahmen ergriffen, um negative Auswirkungen durch den Ausschluss russischer Banken aus dem SWIFT-System abzufedern. Weitere 5 Prozent planen, dies zu tun. Die Mehrheit (54 Prozent) hat bislang keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen. In diesen Fällen dürfte das Russlandgeschäft weniger relevant sein.

Ist Ihr Unternehmen von den bereits erhobenen Sanktionen gegen Russland direkt oder indirekt betroffen?

Q2 2022

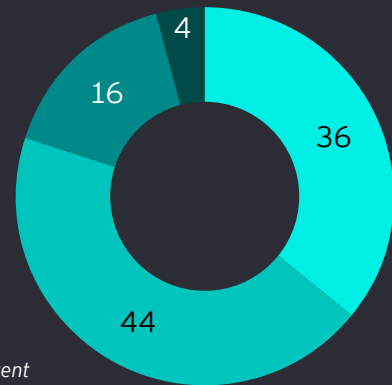


Angaben in Prozent

- Stark betroffen
- Gar nicht betroffen
- Wenig betroffen
- Unsicher

Glauben Sie, dass sich Ihr Institut angemessen auf die Folgen des Ukraine-Krieges eingestellt hat oder sehen Sie weiteren Handlungsbedarf?

Q2 2022

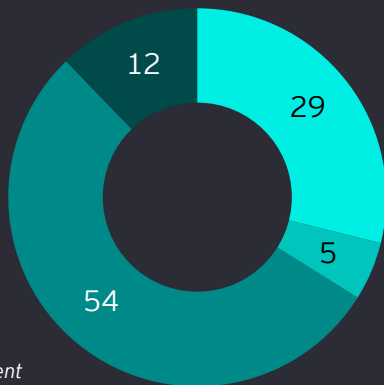


Angaben in Prozent

- Ja, kein weiterer Handlungsbedarf nötig
- Ja, nur kleinere prozessuale Anpassungen nötig
- Neutral
- Nein, unternehmensinterne Prozesse müssen an neue Rahmenbedingungen angepasst werden

Haben Sie bereits Maßnahmen ergriffen, um negative Auswirkungen durch den Ausschluss russischer Banken aus dem SWIFT-System abzufedern?

Q2 2022

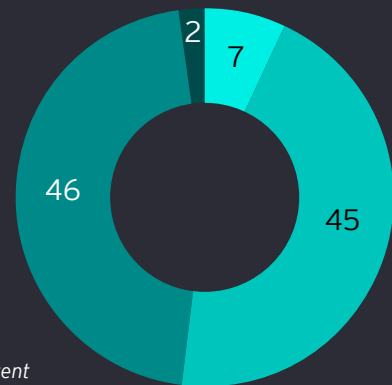


Angaben in Prozent

- Ja
- In Planung
- Nein
- Keine Angabe

Wünschen Sie sich weiterführende Unterstützung durch Behörden bei der Umsetzung der Sanktionen und beim Umgang mit wirtschaftlichen Auswirkungen?

Q2 2022



Angaben in Prozent

- Ja, unser Unternehmen benötigt weiterführende Unterstützung
- Neutral
- Nein, unser Unternehmen benötigt keine weiterführende Unterstützung
- Keine Angabe

Ihre Ansprechpartner



Christoph Roessle
Partner
Financial Services | Germany
Strategy and Transactions
Leader FSO Restructuring
+49 221 2779 17475
christoph.roessle@de.ey.com



Tobias Stockstrom
Partner
Financial Services | Germany
Strategy and Transactions
+49 40 36132 16426
tobias.stockstrom@de.ey.com



Frederick Stobbe
Partner
Financial Services | Germany
Strategy and Transactions
+49 6196 996 24828
frederick.stobbe@de.ey.com



EY | Building a better working world

Mit unserer Arbeit setzen wir uns für eine besser funktionierende Welt ein. Wir helfen unseren Kunden, Mitarbeitenden und der Gesellschaft, langfristige Werte zu schaffen und das Vertrauen in die Kapitalmärkte zu stärken.

In mehr als 150 Ländern unterstützen wir unsere Kunden, verantwortungsvoll zu wachsen und den digitalen Wandel zu gestalten. Dabei setzen wir auf Diversität im Team sowie Daten und modernste Technologien in unseren Dienstleistungen.

Ob Assurance, Tax & Law, Strategy and Transactions oder Consulting: Unsere Teams stellen bessere Fragen, um neue und bessere Antworten auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit geben zu können.

„EY“ und „wir“ beziehen sich in dieser Publikation auf alle deutschen Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited (EYG). Jedes EYG-Mitgliedsunternehmen ist rechtlich selbstständig und unabhängig. Ernst & Young Global Limited ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht und erbringt keine Leistungen für Mandanten. Informationen darüber, wie EY personenbezogene Daten sammelt und verwendet, sowie eine Beschreibung der Rechte, die Einzelpersonen gemäß der Datenschutzgesetzgebung haben, sind über ey.com/privacy verfügbar. Weitere Informationen zu unserer Organisation finden Sie unter ey.com.

In Deutschland finden Sie uns an 20 Standorten.

© 2022 Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
All Rights Reserved.

Creative Design Germany | KKL 2208-1020
ED None

Diese Publikation ist lediglich als allgemeine, unverbindliche Information gedacht und kann daher nicht als Ersatz für eine detaillierte Recherche oder eine fachkundige Beratung oder Auskunft dienen. Es besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität. Jegliche Haftung seitens der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und/oder anderer Mitgliedsunternehmen der globalen EY-Organisation wird ausgeschlossen.

ey.com/de